WerkstattGeschichte 41, Klartext Verlag, Essen 2006, S. 45-66

■ Flemming Mikkelsen

Die skandinavische Arbeiterklasse: Zwischen Markt, Politik und bürgerlicher Gesellschaft

In den 1950er und 1960er Jahren war Skandinavien für seinen besonders friedlichen Arbeitsmarkt bekannt. Diese Friedlichkeit endete im Dezember 1969 als ein großer, öffentlich ausgetragener Streik von Minenarbeitern auf den Erzfeldern von Norbotten in Nordschweden begann. Etwa zur selben Zeit fand in Dänemark die erste größere Streikwelle seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges statt. Seitdem erreichte die Anzahl der Streiks in Skandinavien nie wieder das niedrige Niveau der 1950er und 1960er Jahre. In den 1970er und 1980er Jahren gab es ganz im Gegenteil eine große Zunahme inoffizieller und offizieller Streiks, die in Schweden und Dänemark zudem mit bis dahin unbekannten Ausbrüchen von öffentlicher Gewalt verbunden waren. Einen Höhepunkt dieser Aktivitäten bildete die Konfrontation am 28. März 1985 bei der Tausende Demonstranten gegen die Arbeitsmarktpolitik der liberalen Regierung in Dänemark protestierten und die Innenstadt von Kopenhagen und insbesondere das Parlament blockierten.

Diese Streiks und Demonstrationen wurden anfangs vor allem von traditionellen Industriearbeitern organisiert. Etwa seit Mitte der 1970er Jahre begannen jedoch auch die öffentlichen Angestellten, in einem bisher unbekannten Maße zur Streikwaffe zu greifen. Zur selben Zeit stand in Skandinavien ebenso die Welt außerhalb des Arbeitsmarktes auf dem Kopf. Studenten eroberten mit ihrem Protest die Straßen. Ihnen folgten bald weitere Gruppen, die eine Welle von Protesten lostraten, die man heute unter dem Begriff »Neue soziale Bewegungen« fasst. In den 1990er Jahren verloren sowohl die Streiks wie die sozialen Proteste viel von ihrem innovativen und revolutionären Potential, u.a. weil dieses zum Teil in die institutionalisierten Formen der Politik eingebunden werden konnte.

Im folgenden Aufsatz werden diese Entwicklungen detailliert analysiert und vor allem nach dem Zusammenhang der Streik- und Protestbewegungen und den Veränderungen in den Klassenstrukturen der dänischen, schwedischen und norwegischen Gesellschaften gefragt. Um diese Verbindungen in den Blick zu bekommen, wird das Phänomen »Klasse« sowohl aus Sicht der Organisationen wie aus der Sicht der »einfachen« Leute untersucht. Im folgenden Abschnitt wird die Frage verhandelt, inwieweit das Konzept »Klasse« mit dem Lebensalltag der Arbeiter in Verbindung zu bringen ist.

I. Anmerkungen zu Klasse, Arbeiterschaft und Bewegungen

Die Formierung einer Arbeiterklasse setzt einen Bruch mit der vertikalen Dimension der Solidarität früherer Zeiten voraus, deren Hauptdeterminanten *Kapitalismus* und *Staatsbildung* waren. Sie bildeten die Grundlage für die ökonomische, demographische und soziale Komposition der europäischen Bevölkerung und die grundsätzlichen Formen von Organisation und Interaktion. Hier sollen zwei neue Variablen eingeführt werden, um die konzeptionelle Lücke zwischen diesen übergeordneten Prozessen und der eigentlichen Klassenformation einzuengen: *Proletarisierung* und die *Dimension des Konflikts*.[1] Kurz gefasst weist

1 Vgl., Flemming Mikkelsen, Working-Class Formation in Europe and Forms of Integration: History and Theory, in: Labor History 46 (2005) 3, S. 277–306.

Proletarisierung auf die Schaffung einer Klasse hin, in der die Menschen keine Kontrolle über die Produktionsmittel haben und überleben, indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen, während die *Dimension des Konflikts* sich auf Organisations- und Kampfformen bezieht, die sich von kleinen lokalen Unruhen bis zu einer breiten nationalen Ebene von Konflikten und von Staat und andere politische Autoritäten unabhängigen Organisationen entwickeln können.

Die Proletarisierung und die Dimension des Konflikts haben sich in den europäischen Ländern im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts, wenn auch in unterschiedlicher Geschwindigkeit und Reichweite, durchgesetzt. An diesen Kriterien gemessen, entwickelten sich Schweden, Dänemark und Norwegen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu voll ausgebildeten Klassengesellschaften. Heute kann sicherlich gefragt werden, ob es überhaupt noch eine *Arbeiterklasse* gibt?[2] Die kurze Antwort lautet, ja, es gibt eine skandinavische Arbeiterklasse, die sich aber sehr von der Arbeiterklasse früherer Zeiten unterscheidet. Dieses Ergebnis setzt die Erkenntnis voraus, dass Klassen nicht als »feste soziale Kollektive« existieren und sich nicht aufgrund von gemeinsamen Interessen mobilisieren.[3] Proletarier haben sich schon immer in ausgedehnten sozialen und räumlichen Netzwerken engagiert, um auf der Suche nach *sozialer Sicherheit* ökonomische Möglichkeiten zu nutzen. Im Laufe der Zeit hat dieser Umstand verschiedene Arbeitsprozesse, soziale Hierarchien, Beschäftigungsverhältnisse, Versorgungsnetzwerke, Lebensbedingungen, Arbeitsmärkte, Organisationsmöglichkeiten und politische Identitäten hervorgebracht.

In Anbetracht dieser Heterogenität und Variabilität kann der Begriff der Arbeiterklasse nicht auf die städtische Industriearbeiterschaft reduziert werden, die immer schon eine Minderheit innerhalb der gesamten Arbeiterschaft gebildet hat. Vergegenwärtigt man sich die Situation in Skandinavien nach 1945, müssen auch das Beamtentum, Angestellte im sozialen Sektor und Arbeitslose unter bestimmten Bedingungen zur Arbeiterklasse gerechnet werden. Verständlich wird dies, wenn man sich auf organisatorische Veränderungen konzentriert, was zugleich die Frage nach der Konzeption einer *Arbeiterbewegung* hervorruft.

Im Folgenden unterscheide ich zwischen den politischen und den beruflichen Organisationen der Arbeiterbewegung. Der Schwerpunkt des Aufsatzes beschäftigt sich mit dem gewerkschaftlichen Segment der Arbeiterbewegung und fragt vor allem nach der Beziehung zwischen den formellen hierarchischen Strukturen und den informellen sozialen Strukturen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Dabei bleibt festzustellen, dass die Gewerkschaftsbewegung aufgrund ihrer organischen Beziehung zur Produktion eine andere Infrastruktur und Strategie aufweist als die verschiedenen sozialen Bewegungen. Daneben wäre es ein Fehler, für den Zeitraum nach 1945 von einer skandinavischen Gewerkschafts*bewegung* zu sprechen.[4] Seit den 1930er Jahren hatte sich die Gewerkschaftsbewegung um die Anbindung

2 Diese Frage wurde in einer Sonderausgabe von International Labor and Working-Class History 50 (2000) behandelt.

3 Für die Diskussion dieser Gesichtspunkte siehe: Ira Katznelson & Aristide R. Zolberg (Hg.), Working-Class Formation. Nineteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States, Princeton 1986; Mike Savage, Class and Labour History, in: Lex Heerma van Voss & Marcel van der Linden (Hg.), Class and other Identities. Gender, Religion and Ethnicity in the Writing of European Labour History, New York 2002, S. 55–72; Don Kalb, Class (in Place) Without Capitalism (in Space)?, in: International Labor and Working-Class History, 57 (2000), S. 31–39.

4 Trotz dieser Einengung werden hier weiter die Begriffe Arbeiter»bewegung« und Gewerkschafts»bewegung« benutzt, weil sie zum gängigen Vokabular unter Wissenschaftlern und Gewerkschaftsvertretern gehören.

an den Staat bemüht und verhielt sich zunehmend eher wie eine Interessensorganisation als wie eine soziale Bewegung. Ab und zu jedoch brach auf dem Arbeitsmarkt Protest aus.

Um diese Entwicklung analytisch zu fassen, führe ich den Begriff der *sozialen Gewerkschaftsbewegung* ein, der eine Betrachtungsweise von unten nach oben beschreibt. Als Konsequenz unterscheide ich in diesem Aufsatz zwischen informellen, auf Netzwerken basierenden Organisationen, und formellen hierarchischen Institutionen als Formierungsrahmen für kollektive Aktion. Untersucht wird, wie diese unter verschiedenen Bedingungen, zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten interagieren. Insbesondere die Berücksichtigung spezifischer lokaler aber auch internationaler Bedingungen soll hier vor einer zu eng gesetzten nationalen Perspektive bewahren. Jede Arbeiterklasse ist in internationale ökonomische und politische Systeme eingebettet und in einen permanenten Prozess des transnationalen Austauschs von Ideen und Ressourcen eingebunden, um ihre Interessen zu verteidigen und die eigene Situation zu verbessern.

Ich beginne mit der Beschreibung der Genese der einzigartigen organisatorischen und politischen Stärke der skandinavischen Arbeiterklasse. Die folgenden zwei Abschnitte sind der Veränderung der Klasse und des Arbeitsmarktes sowie dem Umgang mit ökonomischer und sozialer Unsicherheit im Nachkriegs-Skandinavien gewidmet. Im Hauptteil beschreibe ich vor allem die Aktivitäten der Basis innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen und versuche anhand dessen die unterschiedlichen Dimensionen des Konflikts zu fassen. Zuletzt setze ich die Erkenntnisse über die skandinavische Arbeiterklasse mit der gegenwärtigen Diskussion um *Globalisierung, Internationalisierung und Lange Wellen* innerhalb des weltweiten Systems in Beziehung. Ist es wirklich wahr, dass die Globalisierung eine grundsätzliche Veränderung der ökonomischen und politischen Infrastruktur westlicher (und weltweiter) Gesellschaften herbeigeführt hat? Oder ist dies in Wirklichkeit ein ablenkendes Konzept, dass laut Immanuel Wallerstein »eine gigantische Missinterpretation der momentanen Wirklichkeit [ist], ein Diskurs, der uns dahin bringt, die vor uns liegenden, realen Belange zu ignorieren und die historische Krise, in der wir uns befinden, falsch zu verstehen?«[5] Meine Lesart der Geschichte der skandinavischen Arbeiterklasse legt nahe, nach alternativen Ideen zu suchen und daran zu erinnern, Klasse und Klassenformationen als intellektuelle Inspiration nicht aus den Augen zu verlieren.

II. Die skandinavische Arbeiterklasse im europäischen Kontext bis 1945[6]

Ende der 1930er Jahre hatten die Arbeiterklassen von Dänemark, Schweden und Norwegen ihre organisatorische, politische und kulturelle Position gefestigt. Sie waren zu einem integrierten Teil der etablierten Gesellschaft geworden. Dies war kein Ergebnis eines friedlichen Prozesses, vielmehr waren ihm schwere Konflikte zwischen Arbeitgebern, liberalen und konservativen Parteien vorausgegangen.[7] Wenn man diese Entwicklung mit anderen

5 Immanuel Wallerstein, Globalization or the Age of Transition?, in: International Sociology 15 (2000) S. 249–265, hier S. 250.

6 An dieser Stelle sei gesagt, dass einige Unterschiede zwischen den skandinavischen Staaten hier nicht berücksichtigt wurden, um ein einheitlicheres Bild zu entwerfen.

7 Es gibt eine lange Tradition in der Geschichtsschreibung der skandinavischen Arbeiterbewegung, die die Verbindung zwischen Industrialisierung, Klassenformierung und Bildung der Gewerkschaften, industrieller Konflikte und politische Parteien diskutiert. Sie begann mit dem Werk Edvard Bulls sen., Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern 1914–1920, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung,

europäischen Ländern vergleicht, ging die außerordentlich erfolgreiche Mobilisierung der skandinavischen Arbeiterklassen auf folgende Faktoren zurück: die Abwesenheit einer starken Großgrundbesitzerschicht, einen moderaten und spät etablierten Industriekapitalismus, eine schwache liberale Hegemonie, einen niedrigen Grad von Repression, die Überwindung der Stadt/Land-Spaltung, die enge staatliche Anbindung und schließlich die Abwesenheit konkurrierender Organisationen.[8]

Bereits im Laufe der 1890er Jahre, als die skandinavischen Arbeiterklassen die öffentliche Sphäre betraten und soziale, organisatorische und politische Rechte einforderten, trafen sie auf eine schwache und unentschlossene Großgrundbesitzerschicht, die nach der Jahrhundertwende schnell als reale Gegenmacht verschwand. Konservative und Liberale waren eine weitaus stärkere Bedrohung für die Mobilisierung der Arbeiterklasse, und am Anfang vermochten die Gewerkschaften und die in den Kinderschuhen steckende sozialistische Bewegung lediglich in Kooperation mit den Liberalen nennenswerte Erfolge zu verbuchen.

In Dänemark gelang es der Arbeiterbewegung früher als den anderen nordischen Schwesterorganisationen, sich von den Liberalen zu emanzipieren und unabhängige Gewerkschaften und politische Parteien zu bilden. Offensichtlich war dies einem starken handwerklichen Sektor und der Lokalisierung von Industrie und Arbeitplätzen in urbanen Gegenden zu verdanken. In Schweden und Norwegen lag ein großer Teil der Fabriken in ländlichen Gegenden, was die berufsmäßige und politische Mobilisierung der Arbeiterklasse behinderte und verlangsamte. Dies hielt bis in die 1920er Jahre an, in denen sich das Stadt/Land-Gefälle schloss.[9] Letzteres war nicht das Ergebnis der Abwanderung in die Städte und der ansteigenden Urbanisierung, sondern die Konsequenz aus der zunehmenden Gewerkschaftsbildung außerhalb des urbanen Bereichs und der wachsenden Unterstützung durch die Landbevölkerung bei Wahlen.

Angesichts einer schwachen liberalen Opposition, eines niedrigen Maßes an Repression und keinerlei Konflikten um religiöse, ethnische oder sprachliche Zugehörigkeit waren die skandinavischen Arbeiterklassen und -bewegungen in einer vorteilhaften politischen Position. Und so gewann in den 1920er Jahren die schwedische und dänische, in den 1930er Jahren die norwegische Arbeiterpartei Zugang zum Staatsapparat. Von hier aus versuchten sie, die Macht des Kapitals einzuschränken und die sozialen Konsequenzen eines stellenweise von Waren und Arbeit freien Marktes zu mildern. Diese hegemoniale Position der Arbeiterparteien wurde genutzt, um einen erfolgreichen Aufmarsch der faschistischen und nazistischen Bewegungen zu verhindern, die ökonomische Depression zu entschärfen und die Gegenmobilisierung der Arbeitgeber in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zu konterkarieren. Der Zweite Weltkrieg hat dieses Muster nicht wesentlich verändert. Zwar senkte die deutsche Besatzung Dänemarks und Norwegens das ökonomische Wachstum und beschränkte

10, (1922) und wurde fortgesetzt von Will Galenson, Scandinavia, in: Ders. (Hg.): Comparative Labor Movements, New York 1952, S. 104–172; William M. Lafferty, Economic Development and the Response of Labor in Scandinavia, Oslo 1971; Nils Elvander, Skandinavisk arbetarrörelse, Stockholm 1980; Gøsta Esping-Andersen, Politics Against Markets. The Social Democratic Road to Power, Princeton 1985; Flemming Mikkelsen, Arbejdskonflikter i Skandinavien 1848–1980, Odense 1992.

8 Für einen Überblick zu diesen Schlüsselkonzeptionen in Bezug auf die europäischen Arbeiterklassen und ihrer Bewegungen siehe Mikkelsen, Working-Class Formation.

9 Flemming Mikkelsen, Workers and Industrialization in Scandinavia, 1750–1940, in: Michael Hanagan/Charles Stephenson (Hg.), Proletarians and Protest. The Roots of Class Formation in an Industrializing World, New York 1986, S. 21–53.

den Einfluss der Arbeiterparteien, doch hatten die skandinavischen Arbeiterklassen schon kurz nach Ende des Krieges ihre organisatorische und politische Kraft wiedergewonnen.

III. Veränderte Klassen- und Arbeitsmarktstrukturen nach 1945

Der Zweite Weltkrieg hatte Norwegen und Dänemark einen erschöpften, aber weitgehend intakten Produktionsapparat hinterlassen. Auch in Schweden waren die Möglichkeiten der Nutzung des weltweiten Aufschwunges nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegeben, und so entschieden sich alle drei skandinavischen Länder für ein expansives ökonomisches Wachstumsmodell, das die industrielle Landschaft, die Berufsstruktur, die Konsummuster und als Konsequenz auch die Klassenorganisation transformierte. Die Arbeit im ländlichen Sektor nahm – ungeachtet zeitlicher Differenzen zwischen den einzelnen skandinavischen Ländern – generell zugunsten der Industrie und Dienstleistungen ab. Die meisten der neuen Arbeitsplätze lagen in urbanen Gebieten.[10]

Bis in die Mitte der 1960er Jahre wuchs die industrielle Beschäftigung parallel zur Steigerung des Produktvolumens, der Produktivität und der zunehmenden Konzentration des landesweiten Arbeitsvolumens in größeren Firmen. Jedoch kam diese Phase des fordistischen Systems der Massenproduktion (die sich in Schweden im Vergleich zu Dänemark und Norwegen stärker etabliert hatte) um 1970 zum Stillstand. Das Ford'sche Modell wurde langsam abgelöst durch das, was manche Wissenschaftler die post-industrielle Hierarchie nennen.[11] Diese war in Skandinavien dadurch geprägt, dass der Staat verstärkt in die Wirtschaft eingriff und die Arbeitsmarktstrukturen in dreifacher Weise veränderte: Erstens stieg die Anzahl der Angestellten im öffentlichen Dienst von 11 % aller Arbeitenden bis 1960 auf ungefähr 30 % (in Norwegen nur 22 %) an. Zweitens schuf der Staat ein Bildungswesen und soziale Institutionen, die Behinderte, Ältere oder andere Wohlfahrtstaatsbedürftige berücksichtigten. Drittens war die Arbeitsstruktur im öffentlichen Dienstleistungssektor zunehmend weiblich geprägt, was zu einer Veränderung der geschlechtlichen Arbeitsteilung führte, auch wenn viele Frauen in besonders gering entlohnten Verhältnissen beschäftigt waren. Zusammen mit der Einführung nationaler Versicherungssysteme und Sozialprogramme[12] bewirkte diese Entwicklung auf der einen Seite, dass sich ein großer Teil der Bevölkerung jenseits des Zugriffes des Marktes befand und wenig ökonomischen Anreiz hatte, sich der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auszusetzen. Auf der anderen Seite wurde dieselbe Gruppe verstärkt politisch-administrativer Kontrolle unterstellt und von politischer Vormundschaft abhängig.

Ein letzter Faktor, der Veränderungen der Arbeitsmarktstrukturen hervorbrachte, war die steigende Zahl von Migranten aus Südost-Europa und der Dritten Welt.[13] Am Anfang arbeiteten zugewanderte Arbeiter vor allem in der Schwerindustrie; in den 1990er Jahren fanden Flüchtlinge dann vor allem im Niedriglohnsektor Arbeit, insbesondere im Trans-

10 Lennart Jörberg/Olle Krantz, Scandinavia 1914–1970, in: Carlo M. Cipolla (Hg.), The Fontana Economic History of Europe. Contemporary Economies (Part Two), Collins 1976, S. 377–459.

11 Gøsta Esping-Andersen (Hg.), Changing Classes. Stratification and Mobility in Post-Industrial Societies, London 1993.

12 Siehe Scandinavian Journal of History 26 (2001) 3, special issue: The Nordic Welfare States 1900–2000.

13 Der Anteil von Migranten aus Südosteuropa und der Dritten Welt lag 2000 in Prozent zu der Gesamtbevölkerung in Schweden bei 6,0, in Dänemark bei 5,3 und in Norwegen bei 4,1.

port- und Reinigungswesen. Doch aufgrund der ökonomischen Restrukturierung, die auch das Schrumpfen des industriellen Sektors beinhaltete, wurden die Möglichkeiten vieler Migranten, Nebenjobs zu finden oder öffentliche Zahlungen zu beanspruchen, erheblich reduziert.

Um erörtern zu können, was diese Veränderungen für die skandinavische Arbeiterklasse bedeuteten, sollen im folgenden Kapitel die sich verändernden Muster im Lebensstandard, im Konsum und Sparen untersucht werden. Es ist hervorzuheben, dass die charakteristischen Merkmale eines Arbeiterlebens nicht nur vom Arbeitsprozess und vom Arbeitsmarkt selbst geprägt sind, sondern ebenso von einer strukturellen Unsicherheit, aber auch Möglichkeiten, denen Lohnabhängige begegnen.[14]

IV. Veränderung im Konsum- und Sparverhalten der skandinavischen Arbeiter nach 1945

Von 1920 bis 1970 konnte man in Skandinavien parallel zum ökonomischen Wachstum ein drastisches, sowohl quantitatives wie qualitatives Ansteigen des Konsumstandards auf kollektiver und individueller Ebene beobachten,[15] Prägend wurde ein allgemein hoher Konsumstandard, der auf einem hohen Steuersatz und einer starken Einkommensumverteilung beruhte. Der sozialdemokratische Staat war ein Hauptakteur in dieser politisch-ökonomischen Strategie, aber auch die Gewerkschaften (vor allem in Schweden) trugen dazu bei, die Lohndifferenzen in den einzelnen Regionen, Sektoren, Berufen und Geschlechtern zu verringern. Nach einem Einbruch in der industriellen Produktion und dem Absinken der Reallöhne zwischen 1973 und 1985 setzt sich das Wachstum im nationalen Einkommen und Lebensstandard mit kleineren Rückschlägen bis heute fort. Und trotz großer Anstrengungen der sozialdemokratischen und liberalen Regierungen, während der 1980er und 1990er Jahre den öffentlichen Haushalt einzuschränken und den öffentlichen Sektor zu modernisieren oder zu privatisieren, ist kein Niedergang des öffentlichen Dienstes oder der nationalen Versicherungssysteme zu vermerken. Was sich allerdings verändert hat und bedeutende Auswirkungen auf eine Klassenidentität und -solidarität haben könnte, ist das Konsum- und Sparverhalten sowie die privaten Versicherungssysteme.

Mit dem Wachstum der Einkommen sank der Anteil der in Nahrungsmittel und Kleidung investierten Mittel, während bei Gebrauchsgütern, Mieten und Dienstleistungen ein entsprechender Anstieg zu verzeichnen war. Nach 1970, als verheiratete Frauen zunehmend Voll- und Teilzeitbeschäftigungen annahmen, wurde der doppelt verdienende Haushalt zur dominanten Struktur in Skandinavien.[16] Die gestiegenen Konsum- und Sparmöglichkeiten dieser Arbeiter- und Mittelschichtfamilien flossen in Autos, Fernsehgeräte und andere Gebrauchsgüter und ermöglichten darüber hinaus die Investition in Wohnsitze und private Versicherungsanlagen.

14 Diese Herangehensweise wurde vorgeschlagen von Mike Savage, Class and Labour History.

15 A. S. Deaton: The Structure of Demand in Europe 1920–1970, in Carlo M. Cipolla (Hg.), The Fontana Economic History of Europe. The Twentieth Century (Part One), Collins 1976, S. 89–132; Lars Mjøset (Hg.): Norden dagen derpå. De nordiske økonomisk-politiske modellene og deres problemer på 70- og 80-tallet. Oslo/København 1986.

16 Es kann festgestellt werden, dass parallel zur Entwicklung der Doppeleinkommensfamilie, die Zahl der Scheidungen und der alleinerziehenden Eltern in den 1980er Jahren stieg.

In den skandinavischen Ländern blieb das Wohnungswesen fast ausschließlich eine Sache des Marktes. Es war jedoch zugleich ein ständiges Objekt politischer Regulation und Intervention.[17] Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs waren die Wohnverhältnisse von ernsthaften Sparmaßnahmen, Überfüllung und antiquierten Standards gekennzeichnet. Das Hauptanliegen des Staates war es, die Schaffung neuen Wohnraums durch staatlich gespeiste Löhne und andere Förderprogramme anzukurbeln. Seit 1960 wurden finanzielle Regulierungen und Subventionen durch die Regierung erneut reduziert. Die Privatisierung des Wohnungsmarktes gewann durch den steigenden Bedarf an privaten Einfamilienhäusern an Kraft. In Dänemark fand diese Entwicklung früher und deutlich stärker statt. Und obwohl der private Hausbesitz hauptsächlich in der Mittelschicht rapide wuchs, wurde er auch in der Arbeiterklasse üblich, »sowohl als Kapitalakkumulation als auch einer Fokussierung auf Selbstversorgung.«[18] Nils Elvander[19] vermutet, dass dies den bürgerlichen Status und die Liberalen stärkte, indessen in allen drei Ländern – allen voran Dänemark – die Sozialdemokraten schwächte. Die in den letzten zwanzig Jahren zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und des nationalen Rentensystems könnte ähnliche Auswirkungen haben.

Die 1960er Jahre erlebten den Durchbruch universeller sozialer Rechte, während Steuerfinanzierung und staatlich getragene Wohlfahrtsreformen bedeutender wurden. Doch die Ölkrise 1973, die ökonomische Stagnation in den 1980er Jahren und der Einfluss neoliberalen Gedankenguts verstärkten den Druck, den Staat zu verschlanken und die Ausrichtung am Konsumenten zu erhöhen. So entwickelte sich in den 1990er Jahren die Tendenz zu marktorientierten Lösungen und dem Einkommen angepassten Sozialleistungen. Heute haben viele Menschen, auch gelernte und ungelernte Arbeiter, sehr unterschiedliche Formen von Arbeitsrenten oder von der Steuer absetzbare Rentenersparnisse, die sie unabhängiger von der öffentlichen Sozialversorgung machen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ökonomisches Wachstum, die sich veränderten Marktstrukturen und besonders die Umverteilungsmöglichkeit des Staates, die Art und Weise verändert haben, mit der die Bevölkerung nach dem Krieg mit materieller Unsicherheit umging. Große Teile der Bevölkerung versuchten, eine Balance zwischen kollektiven und individuellen Strategien zur Risikoverringerung zu finden. Diese Strategien sind miteinander verwoben und können sich je nach Situation gegenseitig unterminieren oder aber bestärken. Nachdem hier versucht wurde, die sozioökonomische Grundlage des Handelns und ihre kontextgebundenen Möglichkeiten aufzuzeigen, soll nun auf die kollektive Aktion und die zahlreichen Kombinationen der formellen und informellen, sozialen Organisationen eingegangen werden, derer sich die Arbeiter bedienten, während sich die nationalen und internationalen Machtstrukturen verschoben.

17 Für einen vergleichenden Überblick siehe Elvander: Skandinavisk arbetarrörelse, S. 271–277 and Esping-Andersen, Politics against Markets Kap. 6.

18 R. E. Pahl, Divisions of Labour, Oxford 1984, S. 321.

19 Elvander, Skandinavisk arbetarrörelse, S. 277.

V. Die Arbeiterbewegung nach 1945: Phasen der Mobilisierung und der Stagnation

Der Krieg schränkte das Handlungspotenzial der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien ein, aber bald nach Friedensschluss gewannen die Arbeiterbewegungen erneut an Kraft. Die Dichte der Gewerkschaften und die Zahl ihrer Mitglieder wuchsen bis zur Stagnation in der Mitte der 1980er Jahre stetig. Am höchsten war die Organisationsdichte in Schweden (1945: 60 %, 1985: 81 %, 1995: 85 %); Dänemark (1945: 50 %, 1985: 77 %, 1995: 76 %) und Norwegen (1946: 48 %, 1985: 57 %, 1995: 56 %) folgten an zweiter und dritter Stelle.[20] Verglichen mit anderen Berufsgruppen waren die Fabrikarbeiter bis 1970 am umfangreichsten organisiert. Ab 1970 erreichten aber Büroangestellte und Angestellte des öffentlichen Dienstes eine ähnliche Dichte an gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern.

Die Stärkung der Gewerkschaften ging mit dem Erfolg der Arbeiterparteien bei den Wahlen einher. Bis zum Ende der 1970er Jahre gelang es der schwedischen und der norwegischen sozialdemokratischen Partei, 45 % der Wähler zu mobilisieren; die dänische Schwesterpartei folgte mit 37 %. Damit erhielten die skandinavischen Arbeiterparteien Zugang zu Staatsämtern. Die schwedischen Sozialdemokraten sind – von kurzen Unterbrechungen abgesehen – bis heute in der Regierung vertreten. Indessen schieden die sozialdemokratischen Parteien von Norwegen und Dänemark mangels Wahlunterstützung nach 1980 für mehrere Jahre aus dem Amt. In allen drei Ländern waren die sozialdemokratischen Parteien zunehmend dazu übergegangen, Wählerschichten außerhalb der Arbeiterklasse anzusprechen, weswegen die kulturelle Herkunft der Parteien und ihre Bindung an ein Arbeitermilieu an Bedeutung verlor.

Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Ländern, setzten die hohe und wachsende Gewerkschaftsmitgliedschaft und eine stetige Beteiligung an der Regierung (zumindest bis 1980) die skandinavische Arbeiterbewegung in eine einzigartige und machtvolle Position. Sie konnte eine Politik formulieren, die Walter Korpi »eine Klassenkonfliktstrategie des ökonomischen Wachstums« genannt hat. Ebenso könnte sie als »Wohlfahrtsstrategie« gelten.[21] Dieser Argumentation folgend zielte die Arbeiterbewegung darauf, ihre Ressourcen zur Übernahme der Kontrolle des Staatsapparats einzusetzen. Die Staatsmacht wäre danach in der Lage, die Macht des Kapitals einzudämmen und die sozialen Konsequenzen des teilweise freien Waren- und Arbeitsmarktes zu mildern. Die sozialdemokratische Regierung garantierte eine niedrige Arbeitslosenrate, soziale Sicherheit, Regulierung von Preisen und Arbeitsbedingungen, während die zentralen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen zum einen ein Wachstum in der Produktion und bei den Reallöhnen zusicherten, zum anderen Streikaktivitäten und Aussperrungen reduzierten.

Diese gemeinsamen Verpflichtungen von sozialdemokratischen Regierungen, Arbeitern und Arbeitgebern funktionierten bis zum Ende der 1960er Jahre relativ reibungslos. Doch dann wirkten sich die internationale Preisinflation sowie die intensivierte Modernisierung und Reorganisation der Produktionsstätten durch die Arbeitnehmer auf die Reallöhne aus. In Norwegen führte dies zu einem gemäßigten Aufschwung der Streikaktivität; in

20 Anders Kjellberg, Facklig organisering i tolv länder, Lund 1983; Ders., Fagorganisering i Norge og Sverige i et internasjonalt perspektiv, in: Arbeiderhistorie (1999), S. 57–84.

21 Walter Korpi, The Working Class in Welfare Capitalism. Work, Unions and Politics in Sweden, London 1978, insb. Kap. 4.

Dänemark und Schweden stieg die Zahl der Streiks massiv in die Höhe.[22] Es waren die traditionellen Fabrikbranchen (Eisen/Metall, Ernährung, Papier, Transport und Bau), welche die Streikbewegung anführten. Später folgten ihnen die Angestellten des öffentlichen Dienstes.

In allen drei Ländern führte die Arbeitsaussetzung zu kollektiven Verhandlungen auf nationaler wie berufsspezifischer Ebene, wobei der schwedische und insbesondere der dänische Arbeitsmarkt eine Explosion wilder Streiks erlebte. In Dänemark nahmen diese auch politische Dimensionen an. Und obwohl der Umfang der verlorenen Arbeitstage ab der Mitte der 1980er Jahre nachließ und die Streikaktivität nicht mehr das Ausmaß von vor 1968 erreichte, blieb letztere im europäischen Vergleich hoch.[23] Dies lag besonders am Wachstum des öffentlichen Dienstes. Im Laufe der 1970er und der 1980er Jahre bezogen die öffentlich Angestellten (und in geringerem Umfang andere Teile des Dienstleistungssektors) eine verstärkt unabhängige Verhandlungsposition und begannen, in einem noch nicht da gewesenen Ausmaß zu streiken. Sie adoptierten die von der Arbeiterklasse bevorzugte Art und Weise der Organisation, die Gewerkschaft, und eigneten sich die Strategie des Streiks an.

Die folgenden Abschnitte gelten einer genaueren Untersuchung der informellen Organisierung von Protestzyklen. Es soll aufgezeigt werden, wie diese andere Formen der kollektiven Aktion – die »Neuen sozialen Bewegungen« mit eingeschlossen – beeinflusste.[24]

VI. Die soziale Gewerkschaftsbewegung: Aktivitäten der Basis in der Arbeiterbewegung

In Dänemark und Schweden waren die existierenden Gewerkschaften auf nationaler Ebene in dauerhafte Lohnverträge eingebunden und somit in ihrer Mobilisierungskapazität stark eingeschränkt. Die Zahl der gewerkschaftlich getragenen Streiks blieb entsprechend gering, während die nicht-legalen Aktionen des industriellen Sektors innerhalb des Protestzyklus anwuchsen. Diese Streiks wurden von den Gewerkschaften nicht offiziell unterstützt oder anderweitig getragen, sondern beruhten auf kleinen, lokalen und oft wenig strukturierten Organisationstypen, auch »Basisorganisationen« oder »Aktionsnetzwerke« genannt.[25] Da es diesen Aktionsnetzwerken gelang über einen gewissen Zeitraum, die Arbeitgeber, die etablierten Gewerkschaften und die Regierung anzugehen, kann man von einer »sozialen Gewerkschaftsbewegung« sprechen. Sie setzte sich in Dänemark zwischen 1968 und 1985 durch, während sie in Schweden und Norwegen nie zu einer vergleichenden Stärke gelangte. Insofern konzentriert sich das Folgende neben einigen Randbemerkungen zu Schweden auf die Situation in Dänemark.[26]

22 Für eine vergleichende Analyse vgl. Mikkelsen, Arbejdskonflikter i Skandinavien.

23 Christer Thörnqvist, Arbetarna lämnar fabriken. Strejkrörelser i Sverige under efterkrigstiden, deres bakgrund, förlopp och följder, Göteborg 1994; Torgeir Aarvaag Stokke, Norske streiker – typer og omfang, in: Sosiologisk tidsskrift (1999) 1, S. 22–44.

24 Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf Dänemark, und nebensächlich auf Schweden. Norwegen wurde mangels Quellen ausgelassen.

25 In ihrem Buch: Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail, New York 1979, sprechen Frances Piven & Richard Cloward über »Kaderorganisationen«; siehe auch Flemming Mikkelsen, Unions and New Shopfloor Strike Strategies and Learning Processes among Public Employees, in: Economic and Industrial Democracy 19 (1998), S. 505–538, hier 515–516.

26 Für einen Überblick und statistischen Berechnungen siehe Mikkelsen, Arbejdskonflikter i Skandinavien, und Mikkelsen, Cycles of Struggle and Innovation in Industrial Relations in Den-

Zwischen 1968 und 1986 kam es zu zahlreichen Streikaktivitäten, in deren Verlauf Tausende Arbeiter gegen die Erneuerung der kollektiven Vereinbarungen, gegen die Regierungsintervention in die Arbeitsmarktbeziehungen, gegen politisch-ökonomische Entscheidungen und gegen die amtierende Regierung protestierten. Diese Streiks waren oft mit Demonstrationen in den Zentren der größeren Städte verbunden. Linke Gewerkschaften und militante politische Gruppen spielten in der Organisation der Streiks und Demonstrationen eine bedeutende Rolle. Ihre Basis hatten sie in den großen metallverarbeitenden Industrien und vor allem auf den Schiffswerften.[27] Öffentlich Angestellte beteiligten sich sporadisch an den Streiks gegen die zentralen Arbeitsmarktverhandlungen von 1973, aber erst 1979 begannen sie aus eigener Initiative in größerem Maßstab zu streiken.

Parallel zu diesen Protesten brachen in anderen Branchen Tausende von wilden Streiks aus. Sie wurden durch weitere Organisationsformen bestärkt, die Druck auf die Arbeitgeber ausübten und öffentliche Aufmerksamkeit erregten. Um diese neue Tendenz empirisch nachzuweisen, eignen sich offizielle Statistiken wenig. Alternativ werden hier Daten bezüglich der Streiks ausgewertet, die aus mehreren Zeitungen zusammengetragen wurden.[28] Diese Daten ermöglichen eine Differenzierung zwischen den Typen industrieller Aktionen – von weichen Formen der Auseinandersetzungen bis hin zu militanten Konfrontationen. Letztere bestanden meist darin, Streikposten aufzustellen und einen physischen Boykott durchzusetzen. Oftmals endeten sie in gewaltsamen Konfrontationen mit der Polizei (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Aktionsformen in Dänemark 1969–1972 und 1976–1979

Aktionsformen	**Zahl der Aktionen 1969–1972**	
Streik	642	87,5%
Treffen	30	4,1%
Teilzeitstreik	6	0,8%
Verlangsamung	6	0,8%
Überstundenverweigerung	19	2,5%
Boykott	10	1,4%
Andere	21	2,9%
Gesamt	734	100,0%

Aktionsformen	**Zahl der Aktionen 1976–1979**			
	Gesamt		**Privat**	**Öffentlich**
Streik	1.058	67,5%	68,3%	61,3%
Treffen	147	9,4%	7,8%	22,2%
Teilzeitstreik	114	7,3%	7,4%	6,2%
Militante Aktion	121	7,7%	8,2%	3,1%
Andere	127	8,1%	8,3%	7,2%
Gesamt	1.567	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: Mikkelsen, Arbejdskonflikter i Skandinavien, Odense 1992.

mark After World War II, in: Scandinavian Journal of History 22 (1997), S. 31–51.

27 John Logue, Socialism and Abundance. Radical Socialism in the Welfare State, København 1982.

28 Zur Auswahl der untersuchten Zeitungen siehe Mikkelsen, Cycles of Struggle, S. 50–51.

Aus Tabelle 1 wird deutlich, dass auch Versammlungen während der Arbeitszeit, zeitlich begrenzte Arbeitsaussetzungen, moralischer Boykott, die Verweigerung von Überstunden und militante Aktionen häufiger auftraten.[29] Was die späte Phase des Zyklus (1976–1979) von der frühen (1969–1972) unterschied, war der Anstieg des physischen Boykotts (d. h. militanter Aktionen), der oft in gewaltsame Konfrontationen mit der Polizei mündete. Er begann 1973, als 250 Arbeitnehmer die Hope-Computer Firma okkupierten, um eine Vereinbarung durchzusetzen. Ab 1975 weitete sich diese Strategie der direkten Konfrontation in viele Bereiche des Arbeitsmarktes aus. Doch unter dem Druck rechter Parteien und etablierter Gewerkschaften verbot die dänische sozialdemokratische Regierung 1976 das Aufstellen von Streikposten, da sie den zunehmenden Einfluss der linken Opposition innerhalb der Arbeiterbewegung fürchtete. Der sogenannte »Boykottbrief« beruhigte keineswegs die Gemüter, sondern trug zu einer weiteren Eskalation der militanten Aktionen bei: Fabrikbesetzungen setzten sich fort, und die Polizei erhielt bei mehreren Arbeitskämpfen Anweisung einzugreifen.

Gegen Ende der 1970er Jahre kam die Gewalt zum Stillstand. Sie endete mit der letzten ernsthaften Konfrontation am 28. März 1985, an dem mehr als 600.000 Arbeitnehmer in den Streik traten und das Zentrum Kopenhagens und vor allem das Parlament für mehrere Tage durch Tausende Demonstranten blockiert wurde, weil sie mit der Arbeitsmarktpolitik der liberalen Regierung unzufrieden waren. Generell lässt sich der Schluss ziehen, dass der zunehmende Einsatz radikaler Formen darauf zurückzuführen ist, dass die Entscheidung, in den Streik zu treten, von den zentralistischen, in landesweit geltende dauerhafte Arbeitsverträge eingebundenen Gewerkschaften auf die einzelnen Produktionsstätten mit den in zentraler Position stehenden gewerkschaftlichen Vertrauensmännern überging und damit die bekannten Hierarchien aufbrachen.[30]

Die großen Arbeitsniederlegungen während der verschiedenen Verhandlungsrunden und die politischen Demonstrationsstreiks wurden durch die Gewerkschaften und die oppositionellen Fraktionen der Arbeiterbewegung organisiert. Betrachtet man hingegen die Fabrikstreiks zwischen 1976 und 1979, so scheint es, als seien in 70 % der Fälle die Arbeiter aus eigener Initiative in den Streik getreten, wohingegen die Gewerkschaften und ihre Vertrauensmänner dies nur in 15 % bzw. 13 % der Fälle taten. Dies zeigt, dass externe Organisationen eine untergeordnete Rolle spielten und dass die Arbeiter vor Ort die Entscheidung, in den Streik zu treten, stark beeinflussten.[31]

Die Streikforschung erlaubt es jedoch, zu einer Beurteilung der wilden Streiks zu gelangen, die jenseits des Eindrucks ungeplanter, spontaner und plötzlicher Ausbrüche wütender Arbeiter liegt. Eine detaillierte Studie über die dänische Streikbewegung von 1976 bis 1979 zeigt, dass es die lokalen Betriebskomitees und ihre in denselben Berufsverbänden zusammengeschlossenen Vertrauensmänner waren, die sich um regelmäßigen Kontakt mit der Basis und um die Arbeitsbedingungen vor Ort kümmerten. Dazu gehörten auch die Formulierung der Forderungen, die Planung des Zeitablaufs und die Koordination der

29 Bezüglich Schweden vgl. Walter Korpi, Unofficial Strikes in Sweden, in: Journal of Industrial Relations XIX (1981) 1, S. 66–86.

30 Pierre Dubois, New Forms of Industrial Conflict 1960–1974, in: Colin Crouch/Alessandro Pizzorno (Hg.), The Resurgence of Class Conflict in Western Europe Since 1968. Volume 2: Comparative Analysis, New York 1978, S. 1–34.

31 Die Entwicklung der wilden Streiks in Schweden weist ein ähnliches Muster auf. Siehe Korpi, Unofficial Strikes in Sweden.

Streiks.[32] Wenn es ihnen gelang, sämtliche Produktionseinheiten einer Firma gleichzeitig lahm zu legen, dann waren die Arbeitgeber nicht mehr in der Lage, bestimmte Teile der Produktion in andere Zweigstellen auszulagern. So gerieten sie unter massiven ökonomischen Druck. Deshalb waren viele dieser Arbeitsniederlegungen sehr kurz. Dieses Muster fand sich bei Streiks, die von sehr kleinen Gruppen durchgeführt wurden, während in multiplen Konflikten mit mehr als zwanzig beteiligten Parteien die Gewerkschaften mit ihren Vertrauensmännern in führender Rolle Präsenz zeigten.

Zu beachten ist aber, dass der Erfolg längerer Streiks nicht allein von den Arbeitern auf der Betriebsebene abhing, die in den meisten Fällen – häufig als eine Antwort auf die Reorganisation der Produktion durch die Arbeitgeber – die Initiatoren von Arbeitsniederlegungen waren. Für den Erfolg kam es auch darauf an, dass es Gruppen und Organisationen jenseits des Fabriktores gab, die Teile eines erweiterten Netzwerkes waren, das die Arbeiter in ihren Forderungen unterstützte.

Tabelle 2: Unterstützungsorganisationen und Formen der Unterstützung in Dänemark, 1976–1979

Unterstützungsorganisation	**Zahl der Unterstützungsaktivitäten**	
Eigener Arbeitsplatz	91	9%
Vertrauensmänner	56	5%
Arbeiter anderer Fabriken	464	42%
Eigene Gewerkschaft	241	23%
Andere Gewerkschaft	74	7%
Permanente Unterstützung	29	3%
Ad hoc Unterstützung	108	10%
Politische Organisation	10	1%
Formen der Unterstützung		
Resolutionen	92	9%
Teilzeitniederlegung	32	3%
Arbeitsniederlegung	428	41%
Militante Aktionen	49	5%
Ökonomisch	130	13%
Organisierend	276	27%
Andere	17	2%

Quelle: Siehe Tabelle 1.
Bemerkungen: Es war möglich, ein Maximum von vier Unterstützungsaktivitäten pro Streik auszumachen. Die Zahl der ungeklärten Fälle/Streiks war hoch, deswegen kann die Zahl der Unterstützungsaktionen zu niedrig geschätzt sein.

Die statistische Untersuchung von Unterstützerorganisationen und Formen der Unterstützungsaktivitäten (Tabelle 2) ergibt, dass neben internen Unterstützungsaktivitäten, die ungefähr 14% ausmachten, es vor allem die Arbeiter anderer Fabriken waren (43%), wel-

32 Hans H. Nielsen/Arne J. Rolighed, Strejker og fagopposition i 1970'erne, in: Flemming Mikkelsen (Hg.), Protest og oprør. Kollektive aktioner i Danmark 1700–1985, Århus 1986, S. 211–232.

che die Streikenden unterstützten, indem auch sie ihre Arbeit niederlegten oder Männer für die fliegenden Streikposten stellten.[33] Organisatorische Hilfe kam meist von der eigenen Gewerkschaft der streikenden Arbeiter, die Beistand leistete und manchmal sogar die Verhandlung während und nach einem Konflikt übernahm. Gelegentlich wurde unter der Hand auch finanzielle Unterstützung geleistet.

Die meisten kurzlebigen Arbeitsniederlegungen brauchten keine organisatorische oder finanzielle Rückendeckung. Es waren vor allem die langlebigen und schweren Konflikte, um die sich externe Unterstützerkreise gruppierten. Oftmals hatten diese einen rein spontanen Charakter, doch wenn einem Kampf weitere folgten, nahm die gemeinsame Arbeitersolidarität eine permanentere Form an und institutionalisierte sich. Wie man Tabelle 2 entnehmen kann, waren es die Arbeiter anderer Fabriken, die das Rückgrat der Unterstützerkreise bildeten. Betrachtet man die vielen Unterstützungskomitees, sieht man die Konturen einer sich institutionalisierenden permanenten Struktur der Solidarität, die sich zu einer kommunistischen, einer föderalen und einer linken Bewegung entwickelten. *Arbejdersolidaritet* (AS) war die erste neue Organisationsform, die 1970 während eines Streiks entstanden war. In den folgenden Monaten wuchs AS mit weiteren Streiks an, verschwand aber, nachdem die erste Streikwelle abebbte. Zu diesem Zeitpunkt machte die *Formandsinitiativet* (FI) von sich Reden, die ihr Wachstum dem Streik der Königlichen Porzellanfabrik, dem politischen Streik gegen die Steuermaßnahmen der liberalen Regierung im Mai 1974 und dem unbeliebten nationalen »Augustübereinkommen«, das der Lohnentwicklung einen Dämpfer versetzte, verdankte.

FI koordinierte die Aktivitäten der Vertrauensmänner, aber intervenierte nicht direkt in laufende Kämpfe. Diese fielen in den Aufgabenbereich des *Socialistisk Arbejder Klub* (SAK), der nach dem Streik bei Sabro-ØB von den entlassenen Schmieden 1975 gegründet wurde. SAK griff aktiv in mehrere Arbeitskämpfe ein, aber verlor aufgrund von internen Fraktionierungen und Spaltungen an Einfluss und Rückhalt. Dasselbe geschah mit der FI, die dennoch in der Wegbereitung der späteren Vertrauensmannbewegung (*Tillidsmandsringen*) erfolgreich war. Gewerkschaftliche Vertrauensmänner waren nicht an ein legales System industrieller Beziehungen gebunden, und indem sie Vereinigungen mit engen Kontakten zu den offiziellen Gewerkschaften aufbauten, waren sie in einer vorteilhaften Lage, wenn streikende Arbeiter Hilfe von Kollegen oder der Öffentlichkeit benötigten. Die Vertrauensmannbewegung operierte in vielen Industrien und hatte ihren Höhepunkt Ende der 1970er Jahre.[34]

Von Beginn an war der Protestzyklus in den skandinavischen Ländern von den traditionellen Arbeitsfeldern der industriellen Produktion getragen, aber nach einigem Zögern traten auch die öffentlichen Angestellten der Streikbewegung bei.[35] Diese Streiks der öffentlich Angestellten repräsentierten, wie es P. K. Edwards allgemeiner formuliert, »ein Bedürfnis danach, Verhandlungsrechte zu erzielen, die denen der in den privaten Industrien Tätigen ebenbürtig waren. Sie können nicht als eine ›Revolte‹ der Angestelltenbasis

33 Beim Sammeln der Informationen über die industriellen Konflikte in Zeitungen stieß man oft auf Details, welche Gruppen die streikenden Arbeiter mit welchen Mitteln unterstützen. Dieses wurde systematisch in Tabelle 2 aufgelistet.

34 Einige dieser Tendenzen waren auch in Schweden präsent, siehe Kjell Östberg, 1968 när allting var i rörelse, Stockholm 2002, S. 126–131.

35 Flemming Mikkelsen, Radikaliseringen af de offentligt ansatte i Danmark, København 1994; Thörnqvist, Arbetarna lämnar fabrikken, S. 128–130.

gesehen werden.«[36] In Skandinavien dienten die neuartigen Streiks sicherlich der Erlangung von Verhandlungsrechten. Die Mobilisierung der öffentlichen Angestellten erfolgte im Zusammenspiel der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit basisnahen informellen Aktionsnetzwerken. Nur in Dänemark wurde der Verlauf der Ereignisse bisher gründlich untersucht.[37]

Öffentlich Angestellte betraten die Welt des Konflikts mit »weichen« Formen kollektiver Aktion wie moralischem Boykott, Versammlungen, Arbeitsselbstbestimmung, Arbeitsniederlegung und kollektivem Arbeitsausfall durch »Krankfeiern«. Der Streik wurde erst zur dominantesten Form im Arbeitsmarktkonflikt, nachdem der private Sektor 1973 eine der größten Arbeitsniederlegungen angeführt hatte. Deren Aktionsformen regten die öffentlich Angestellten dazu an, langsam organisatorische Strukturen aufzubauen (Konfliktkomitees, Vertrauensmänner und Streikkassen), die ihre Mobilisierungskapazität stärkten. Um ihre Verhandlungsposition zu festigen, gingen sie Bündnisse mit anderen Gewerkschaften ein und formten Kartelle. So nahmen die Lehrer und ihre Gewerkschaft an den wenigen, aber großen Streiks zwischen 1979 und 1987 teil, um sowohl gegen die Regierungsintervention in Arbeitsmarktbeziehungen zu protestieren, als auch ihre Haltung während zentraler Verhandlungsrunden zu demonstrieren. Sie taten dies in Allianz mit anderen Gewerkschaften. Die wenigen Aktionen steigerten die Aktivität der Mitglieder, die mit Hilfe von Vertrauensmännern Netzwerke aufbauten und sogenannte »Rote Schule-Zonen« etablierten.

Die Vereinigung der Krankenschwestern machte eine ähnliche Entwicklung durch –, mit dem bedeutenden Unterschied, dass ihre Basisorganisationen eine stärkere Position innehatten. Mit dem Übergang von einer losen Assoziation hin zu einer gewerkschaftlichen Vertretung von Krankenschwestern wurde zugleich eine beträchtliche Anzahl von Aktionsnetzen in Krankenhäusern geschaffen. Während der 1980er Jahre entwickelten diese Basisorganisationen einen beinahe offiziellen Charakter mit gewerkschaftlichen Vertrauensmännern, Gruppen aus dem Gesundheitswesen und Konferenzen der im Krankenhaus Arbeitenden. Sie schufen mehr oder weniger permanente Kommunikations- und Unterstützungsnetzwerke, planten Arbeitsniederlegungen, organisierten öffentliche Anhörungen, Demonstrationen und Petitionen. Darüber hinaus entwickelten sie eine linke Ideologie.

Andere Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes machten mit temporären Basisorganisationen in oftmals führender Position eine vergleichbare Entwicklung durch. Jedoch taten sie dies nicht im Alleingang. Sie verließen sich stark auf die von den Gewerkschaften direkt oder indirekt gestellten Ressourcen. Im Laufe von Arbeitskonflikten initiierten die informellen Basisorganisationen gemeinsam mit den hierarchischen und bürokratischen Gewerkschaften einen Prozess, der Organisationen des öffentlichen Dienstes von kleinen und schwachen Assoziationen zu voll ausgewachsenen Gewerkschaften transformierte, die willens und in der Lage waren, die Interessen ihrer Mitglieder mittels Streik durchzusetzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Basismobilisierung des privaten und öffentlichen Dienstes die Hierarchie der etablierten Gewerkschaften und für eine kurze Zeit die sozialdemokratische Position in den Gewerkschaften schwächte. Sie sorgte aber ebenso dafür, dass Arbeitsmarktreformen vorankamen, die in den frühen 1970er Jahren die Partizipation

36 P. K. Edwards, Strikes in the United States 1881-1974, New York 1981, S. 194.

37 Das folgende basiert deshalb hauptsächlich auf: Flemming Mikkelsen, Radikaliseringen und Mikkelsen, Unions and New Shopfloor Strike Strategies. Siehe auch: Flemming Mikkelsen, Arbeitskampf im Wohlfahrtsstaat, in: Nordeuropa-Forum (1996) 2, S. 26–28.

der Arbeitnehmer auf Betriebsebene stärkten.[38] Auf die Radikalisierung der Arbeitskämpfe folgte eine intensive Debatte über Nationalisierung, Ungleichheit und Konzentration des Wohlstands. Die Sozialdemokraten unterbreiteten einen Entwurf für eine »ökonomische Demokratie« und versuchten damit, eine stärkere Gleichheit in die Eigentumsverteilung herbeizuführen, ohne dabei die Eigentumsverhältnisse direkt anzugreifen.[39] Diesem Plan begegneten jedoch die Arbeitgeber und praktisch alle Fraktionen des politischen Spektrums mit massiver Ablehnung. Er wurde 1981 endgültig zurückgezogen, nachdem er zuvor bereits zu einem herkömmlichen Plan der Profitbeteiligung degradiert worden war.

So waren die Einflussmöglichkeiten von Arbeitsplatzmilitanz und radikaler öffentlicher Meinung auf eine industrialisierte Demokratie zwangsläufig begrenzt. Als Dauer und Härte der Rezession deutlich wurden, konnten Industrie- und Investitionspolitik in stärkerem Maße als zentrale Politikfelder durchgesetzt werden, die bevorzugt zu behandeln waren.[40] Auf der anderen Seite lagen die nachhaltigen Konsequenzen der Streikbewegung für die industriellen Beziehungen in der Schaffung einer besseren Organisationsstruktur für öffentlich Angestellte. Durch einen anhaltenden Prozess der Nachahmung von Netzwerken, Allianzen und Streiks schafften es die Organisationen des öffentlichen Dienstes, sich aus ihrer marginalen Position zu voll anerkannten Gewerkschaften zu entwickeln und die Interessen ihrer Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten.

VII. Die Arbeiterbewegung, andere Bewegungen und bürgerliche Vereinigungen

Die soziale Gewerkschaftsbewegung repräsentierte eine organisatorische, politische und ideologische Alternative zu den etablierten Gewerkschaften und war oftmals mit anderen politischen und sozialen Bewegungen vernetzt. Diese Bewegungen hatten ihren Höhepunkt in den Jahren 1968-1985 und agierten parallel zum industriellen Protestzyklus. Häufig entwickelten sie eine antagonistische Haltung gegenüber der amtierenden Regierung und den dominierenden politischen Parteien. Dies war jedoch kein neues Phänomen, sondern bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachten. Hier soll indessen vor allem auf die Situation kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen werden, die von der politischen Spannung zwischen Ost und West geprägt war.

Schweden wählte eine neutrale Position innerhalb des internationalen politischen Systems, während die Positionsbestimmung in Dänemark und Norwegen von einer intensiven öffentlichen Debatte über die jeweilige internationale politische und ökonomische Orientierung bestimmt war. Beide Länder entschieden sich 1949 für den Schutzschild der NATO und wiesen zugleich auf die liberale Orientierung ihrer ökonomischen Politik hin. Die Beitrittsentscheidung traf auf die massive Opposition vieler Norweger und Dänen, nicht zuletzt der Kommunisten und vieler ehemaliger Mitglieder der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzung. Seitdem sind die internationalen Beziehungen in allen drei Ländern Gegenstand heftiger politischer Kontroversen. Dabei waren es nicht die Benachteiligten, die sozioökonomisch Marginalisierten oder die Mittelschicht, die auf die

38 Bernt Schiller, Samarbete eller konflikt, Stockholm 1988.
39 Esping-Andersen, Politics Against Markets, S. 302–305.
40 Siehe Donald Hancock/John Logue/Bernt Schiller (Hg.), Managing Modern Capitalism. Industrial Renewal and Workplace Democracy in the United States and Western Europe, Westport CT 1991.

Straße gingen; es waren die »politischen Verlierer«, insbesondere die Kommunisten, welche die Opposition ins Leben riefen, sie organisierten und artikulierten. Sie nutzten neue politische Kanäle und führten alternative Formen der politischen Organisierung und Taktik ein und lernten, wie man Möglichkeiten innerhalb des internationalen Kräfteverhältnisses nutzen kann.

Wie sich der Übergang zu einer bipolaren Weltordnung in den sozialen Bewegungen äußerte, wird in Tabelle 3 (auf der folgenden Seite) aufgezeigt. Systematisches Datenmaterial über die einzelnen Bewegungen, die nach ihrer Konfrontationswilligkeit bemessen wurden, gibt es nur für Dänemark.[41] Auf der anderen Seite scheinen die allgemeine Entwicklung, die Inhaltssetzung und die Tendenz zum Zyklus in allen skandinavischen Ländern sehr ähnlich gewesen zu sein.[42]

Als erstes zeigt sich, dass es – gleich ob es sich um Konflikte zwischen Staaten, Militäroperationen, Friedenserhaltung, Europäische Union oder Flüchtlinge handelte – internationale Vorkommnisse waren, die den wesentlichen Grund für mehr als ein Drittel der Proteste abgaben. Davon abgesehen waren die Nachkriegsjahre von Arbeitsmarktkonflikten und Auseinandersetzungen um die Lebensbedingungen dominiert. Nach 1968 verlagerte sich der Schwerpunkt der Konflikte auf das Erziehungssystem und den Wohnungsmarkt; von wo sie sich in viele verschiedene Richtungen ausbreiteten. Die 1970er und auch die frühen 1980er Jahre erlebten noch viele Arbeitsmarktkonflikte, doch rückten nach 1985 langsam Einwanderer und politische Flüchtlinge ins Zentrum der Kontroversen. Aus der bisherigen Untersuchung geht hervor, dass der Kalte Krieg den Rahmen für die sozialen Bewegungen bis 1985 stellte. Die Ära Gorbatschow und der Zusammenbruch der Berliner Mauer 1989 reduzierten die internationalen Spannungen und veränderten die Bedingungen für kollektive Aktion grundlegend. Ergänzend ist zu erwähnen, dass der industrielle Protestzyklus, der durch den internationalen ökonomischen Boom und die folgende Rezession hervorgerufen worden war, in die Zeit von 1971 bis 1985 fiel.[43] Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die anhaltende ökonomische Rezession versetzten der sozialistischen Opposition und dem linken Kern der sozialen Bewegungen einen herben Schlag. Im Folgenden wird auf die Beziehung zwischen der Arbeiterbewegung und anderen sozialen Bewegungen genauer eingegangen.

Als erstes ist festzustellen, dass die sozialdemokratischen Parteien eine hegemoniale Position innerhalb der skandinavischen Arbeiterklasse eingenommen hatten und dass sie nach

41 Die Hauptreferenzpunkte für die Tabelle 3 und diese Analyse besteht aus 1562 Ereignissen, die aus einem Zeitungsjahrbuch (in Dänisch: Avis Årbogen) von 1946 bis 2000 ausgewertet wurden.
Das Jahrbuch gibt jährlich einen kurzen Überblick über die täglichen Diskussionen in den führenden Tageszeitungen, was Demonstrationen, politische Treffen, Märsche, Petitionen, Hungerstreiks, Boykottaufrufe, gewaltsame Auseinandersetzungen, Polizeiaktionen und andere Formen kollektiver Zusammenkünfte beinhaltet. Die bevorzugte Recherchetechnik war die Inhaltsanalyse der Massendaten über lange Zeiträume hinweg.

42 Flemming Mikkelsen, Contention and Social Movements in an International and Transnational Perspective: Denmark 1914–1995, in: Journal of Historical Sociology 12 (1999) 2, S. 128–157; Östberg, 1968 när allting var i rörelse.

43 In Tabelle 3 beziehen sich die Zahlen der Arbeitsmarktaktionen zwischen 1971 und 1985 auf streikunterstützende Aktionen wie die Besetzung öffentlichen oder privaten Eigentums, Konsumboykott und vor allem die Blockade von Eigentum oder Personen und auch die Konfrontationen mit der Polizei während Streikpostenaufstellungen.

Tabelle 3: Hauptursachen für Konflikte, 1946–2000 (Zahl der Ereignisse in Prozent im Jahr)

	1946–1950	1951–1955	1956–1960	1961–1965	1966–1970	1971–1975	1976–1980	1981–1985	1986–1990	1991–1995	1996–2000	Total	N
Außenpolitik	18.1	7.1	18.6	18.2	22.3	16.5	6.3	9.6	23.4	10.4	13.0	15.6	208
Friedensschaffung	11.1	21.4	11.6	21.5	11.4	0.9	4.4	12.4	3.7	6.9	—	8.5	113
Atomwaffen			14.0	23.1			1.3	6.2	5.1	1.7	—	4.1	55
Europäische Union				0.8		5.2	3.2	2.3	2.2	1.7	1.2	2.0	27
Migranten und Flüchtlinge			2.3		0.5	0.4		7.3	13.1	24.1	19.5	4.7	63
Innenpolitik	13.9	4.8	7.0	4.1	0.9	0.4	3.8	2.8	1.5	6.9	20.8	4.2	56
Lebensbedingungen	22.2	14.3	9.3	1.7	2.7	2.6	1.3	0.6	3.7	1.7	—	3.7	49
Arbeitsmarkt	15.3	23.8	23.3	7.4	9.1	17.0	36.5	27.0	6.6	13.8	10.4	17.2	230
Verteidigungshaushalt	1.4	11.9	2.3	2.5	5.5	1.7	0.6			1.7	1.2	2.2	29
Wohnungsmarkt	5.6		2.3	0.8	7.3	10.4	1.9	9.0	14.6		—	6.4	85
Ausbildung	1.4	2.4	4.7	2.5	20.9	14.4	16.4	6.7	5.1	8.6	2.5	10.3	138
Arbeitgeber		4.8		3.3		3.9	3.8	1.9	2.2	5.2	—	2.2	30
Religion				3.3	1.4	3.0		1.1	1.5	1.7	1.2	1.5	20
Sex/Abtreibung					4.1	3.9	1.3	1.7	0.7	1.7	1.2	2.0	26
Umwelt					2.7	5.2	3.2	3.9	6.6	1.7	6.5	3.4	45
Sozialeinrichtungen					0.9	3.0	1.9	1.1		3.5	2.5	1.4	18
Atomkraft							5.7	1.1	0.7		—	0.9	12
Andere	11.1	9.5	4.7	10.7	10.5	11.3	8.8	5.6	9.5	8.6	19.5	10.0	133
Gesamt	100.1	100.0	100.1	99.9	100.2	99.8	100.4	100.3	100.2	99.9	99.5	100.3	
N	72	42	43	121	220	230	159	178	137	58	77		1337

Quelle, The Newspaper Yearbook (Avis Årbogen) 1946–2000 (siehe Mikkelsen, Contention and Social Movements, für nähere Erläuterung).

den 1930er Jahren keine revolutionäre Politik mehr betrieben und sich auch nicht mehr als eine Bewegung verstanden. Im Gegenteil, die sozialdemokratischen Parteien und die ihnen nahestehenden Gewerkschaftsapparate müssen als Interessenorganisationen und als Teil der offiziellen Politik betrachtet werden. Dies veränderte die Haltung der Arbeiterbewegung und ihre Taktik gegenüber anderen Herausforderungen und sozialen Bewegungen nachhaltig.

Die Sozialdemokraten und die Kommunisten waren in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges vehemente Gegner gewesen. Als sich die Position der Kommunisten nach dem Krieg festigte, entstanden neue Konfrontationslinien. Die Kommunisten waren stark in den Widerstand gegen den transatlantischen Pakt eingebunden. Daneben organisierten sie Protestmärsche gegen die Wiederbewaffnung und unterstützten, sehr zum Unwillen der Sozialdemokraten, streikende Arbeiter.[44] Ebenso boykottierten sie die Wiederaufnahme der Atomversuche durch die Sowjetunion, die USA und Frankreich in den Jahren 1956–1964. Auf der anderen Seite wurden sie durch den Kalten Krieg und den sowjetischen Einmarsch in Ungarn 1956 bei den Wahlen sowohl auf politischer wie auf gewerkschaftlicher Ebene ernsthaft geschwächt.

Neue linke Bewegungen entstanden und viele kleine Organisationen vereinigten sich im Protest gegen die US-Bombardierung und militärische Interventionen in Vietnam. Der Vietnamkrieg mobilisierte Tausende junge Leute und schuf praktisch die »Neue Linke« mit Kontakten und Sympathisanten auch unter Sozialdemokraten und Liberalen.[45] Am Anfang stand sie in starker Opposition zu den Sozialdemokraten, die in Norwegen und Dänemark auf der Seite der US-Politik standen, später aber halbherzig die Vietnambewegung akzeptierten. Die Neue Linke wurde aktiv, als 1968 der Protestzyklus durchbrach. Ihre Hauptakteure waren Studenten, Hausbesetzer und weitere Protestgruppierungen, die Frauenbewegung mit eingeschlossen. Sie wurden als »Neue soziale Bewegungen« bezeichnet und repräsentierten ein breites soziales Spektrum mit vielen Verbindungen zu den Gewerkschaften und linken politischen Parteien.[46] Erst seitdem sich die dänische sozialdemokratische Partei in der politischen Opposition befand (oder durch große Demonstrationen unter Druck geriet), war sie bereit, die Forderungen der neuen sozialen Bewegungen anzuhören. So erfuhr 1982 die Mobilisierung gegen die Stationierung von Atomsprengköpfen eine weitreichende Akzeptanz. Hingegen stießen die Jugendbewegungen, die in den 1980er und 1990er Jahren große Aktivität entfalteten, oft auf große Skepsis und wurden mit Polizeimaßnahmen konfrontiert.[47]

Den letzten großen Anlass für Protest gab es 1985, nachdem mehrere hundert Dänen eine Gruppe iranischer Flüchtlinge angegriffen hatten. Seitdem führte die Migrationspolitik die

44 Bezüglich Norwegens siehe Lars Rowe, Fredskamp og maktkamp i arbeiderorganisasjonene, in: Arbeiderhistorie (2000), p. 101–116; für Dänemark: Søren Hein Rasmussen, Sære alliancer. Politiske bevægelser i efterkrigstidens Danmark, Odense 1997, insb. Kap. 2. Zu Streiks nach 1945 in Skandinavien insgesamt, vgl. Mikkelsen: Arbejdskonflikter i Skandinavien, und Ders., Cycles of Struggle.

45 Rasmussen, Sære alliancer. Østberg: 1968 när allting var i rörelse, James Godbolt, AUF og Vietnam-protesten. Motsetninger og samarbeid i norsk solidaritetsarbeide, in: Arbetarhistoria (2005) 1–2, S. 75–81.

46 Lise Togeby, Ens og forskellig. Græsrodsdeltagelse i Norden, Århus 1989.

47 Flemming Mikkelsen/Rene Karpantschof, Hausbesetzungen, Jugend und sozialer Protest. Jugendbewegungen in Dänemark von 1965–1995, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen, Politik und Protest, Opladen 2000, S 183–209.

politische Tagsordnung an. Dies mündete in gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen rassistischer Subkulturen, Neonazis und rechten Nationalisten auf der einen Seite und Anhängern einer umfassenden antirassistischen Kampagne auf der anderen Seite, die Tausende aus dem gesamten politischen Spektrum bis in die Gewerkschaften hinein mobilisierte. In Norwegen und Schweden brach die rassistische Gewalt drei bis vier Jahre später aus. Sie nahm vor allem in Schweden beunruhigende Ausmaße an.[48]

In der Summe könnte man annehmen, dass viele oppositionelle Gruppen und Organisationen innerhalb der etablierten Arbeiterbewegung in ökonomische, politische und kulturelle Kämpfe verwickelt waren, die eine Herausforderung für die Arbeiterbewegung und manchmal auch für ihre traditionellen Werte bedeuteten. Ihre Aktivitäten waren jedoch zumeist von kurzer Dauer und fanden insgesamt wenige Anhänger. Ein viel größerer Teil der Bevölkerung war in freiwilligen Vereinigungen organisiert – Bürgerinitiativen, sozialen Clubs, religiösen Vereinigungen, Selbsthilfegruppen, NGOs, Freizeit- und Kulturvereinen usw. Die skandinavischen Länder waren federführend in der Selbstorganisierung, deren Ursprünge schon in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück reichen. Bis zur Wende zum 20. Jahrhundert war das Netzwerk der freiwilligen Vereinigungen noch in einen liberalen, einen ländlichen und einen städtischen Arbeiterklassensektor unterteilt.

Der Typus der modernen Vereinigung bildete sich in den folgenden Jahrzehnten heraus und erreichte seine weiteste Ausbreitung in den 1950er Jahren. Seitdem haben demographische, ökonomische und politische Veränderungen die Klassenunterteilung unterminiert und damit den Aufstieg von Vereinigungen, die kleinteiligere Bindungen zur Grundlage der Solidarität machten, befördert.[49] Diese neuen Formen der Vereinigung wurden zunehmend dem Markt unterworfen und vom Staat zugleich kontrolliert und gefördert. Sehr selten etablierten sie sich als Teil übergreifender politischer Aktionen. Falls sie sich doch einmal an konventionellen Politikformen beteiligten, waren sie keine Vertreter von Klasseninteressen.

VIII. Die skandinavische Arbeiterklasse zwischen Globalisierung, Internationalisierung, Langen Wellen und Staatssystemen

In den Jahren zwischen den Weltkriegen waren die skandinavischen Ökonomien und Arbeitsmärkte von einer schweren Rezession und sehr hohen Arbeitslosenraten betroffen. Geschäfte und Fabriken wurden geschlossen und Arbeiter entlassen. Die Nachkriegszeit erlebte Armut, die aber bald von ökonomischen Boomjahren und wachsendem Wohlstand abgelöst wurde. Die gesamte Entwicklung ging mit einer weitgefassten Neustrukturierung des Arbeitsmarktes einher. Seit kurzem ist man der *Globalisierung* ausgesetzt. Die Debatte um die Globalisierung vermischt sich bisweilen mit der Diskussion über die Desintegration der Arbeiterklasse. Mehrfach wurde gar der »Abschied von der Arbeiterklasse« prophezeit. Diese Diagnosen beruhen auf mehreren empirischen Prozessen:[50] dem Wiederaufleben des

48 Tore Bjørgo, Racist and Right-Wing Violence in Scandinavia. Oslo 1997; Rene Karpantschof/Flemming Mikkelsen, Rise and Fall of the Racist Right-Wing Movement in Denmark, 1982–2000, (Vortrag auf der 13. Nordic Migration Conference, 18–20. November 2004, University of Aalborg).

49 Kurt Klaudi Klausen/Per Selle (Hg.), Frivillig organisering i Norden. Oslo 1995; Lars Skov Henriksen/Bjarne Ibsen (Hg.), Frivillighedens udfordringer – nordisk forskning om frivilligt arbejde og frivillige organisationer, Odense 2001.

50 Marino Regini (Hg.), The Future of the Labour Movements, London 1992.

Kapitalismus, der Unterminierung der Möglichkeiten des Staates, Arbeiterrechte zu garantieren, der Verschiebung vom Kollektivismus zum Individualismus, der wachsenden Internationalisierung der Arbeitsmärkte, der zunehmenden Fragmentierung und Heterogenität der Arbeitskraft, dem Mangel an organisierter Solidarität und schließlich auf der abnehmenden politischen Kraft der Arbeiterparteien.

Bevor hier versucht wird, dieses Problem zu analysieren, sei an die Worte Richard Hymanns erinnert, der die Position vertrat, dass »die Plausibilität der Desintegrationsthese in hohem Maß von einer mythologisierenden Vision der Vergangenheit abhängig ist: einem goldenen Zeitalter, in dem Arbeiter spontan kollektiv waren und die Arbeiterorganisationen geschlossene Reihen hinter einem vereinenden Klassenprojekt bildeten«.[51] Allerdings ist die Arbeiterklasse – ob die vergangene oder die heutige – immer durch Regionalismus, berufliche Qualifikation, Ethnie, Kultur, Religion, Sprache und Geschlecht mitgeprägt gewesen.[52] Zudem sind Arbeit und Arbeitsmärkte im vergangenen Jahrhundert durch mehrere Krisen und Aufschwünge gegangen, weswegen die historische Betrachtung die jetzige Debatte um Globalisierung in eine etwas realistischere Perspektive rücken kann.

Dies soll nicht heißen, dass die Globalisierung nur eine kleine Angleichung an die Entwicklung des ökonomischen und politischen Weltsystems bedeutet –, im Gegenteil. Wie Charles Tilly richtigerweise ausführt: »Unsere Welt wird zunehmend ungleich und proletarisch [...]. Globalisierung fördert die Proletarisierung und wachsende Ungleichheit in weltweiten Maßstab und wird dies ebenso innerhalb des Rechtsraumes einzelner Staaten umsetzen können. Wenn die Arbeiterklasse keinen Weg findet, sich effektiv auf der Ebene des internationalen Kapitals zu organisieren, wird eine der größten Errungenschaften unserer Zeit [...] das Risiko eingehen, von den neuen Oligarchien des Kapitals zertrampelt zu werden.«[53] Die Bedrohung durch die Globalisierung stellt sich aus der Perspektive der skandinavischen Arbeiterklasse und -bewegung jedoch anders dar.

Bis heute sind nur wenige Veränderungen in der ökonomischen Infrastruktur der skandinavischen Länder auf das zurückzuführen, was normalerweise mit ökonomischer Globalisierung assoziiert wird. Der negative Effekt war in den betroffenen Fällen marginal, denn in den meisten Fällen in denen skandinavische Arbeiter aufgrund der Verlagerung von Arbeitsplätzen ihre Stellen verloren, waren sie bisher in der Lage in anderen Branchen unterzukommen

Die weitreichende Transformation der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten reicht bis in die Reagan- und Thatcher-Zeit zurück und erhielt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion einen weiteren Impuls. Marktorientierte Lösungen von sozialen Problemen wurden vorangetrieben; kapitalistische und liberale Ideen erlebten einen neuen Aufschwung.[54]

51 Richard Hyman, Trade Unions and the Disaggregation of the Working Class, in: Marino Regini (Hg.): The Future of the Labour Movements, London 1992, S. 150–168, hier S. 159.

52 Stefan Berger, European Labour Movements and the European Working Class in Comparative Perspective, in: Stefan Berger/David Broughton (Hg.), The Force of Labour. The Western European Labour Movement and the Working Class in the Twentieth Century, Oxford 1995, S. 245–261.

53 Charles Tilly, Globalization Threatens Labor's Rights, in: International Labor and Working-Class History (1995) 47, S. 1–23, hier S. 22.

54 Colin Crouch, Social Change in Western Europe, Oxford 1999; Don Kalb, Localizing Flows: Power, Paths, Institutions, and Networks, in: Don Kalb/Marco van der Land/Richard Staring/Bart van Steenbergen/Nico Wilterdink (Hg.), The Ends of Globalization. Bringing Society Back In, Lanham 2000, S. 1–29, hier S. 9.

Abgesehen davon hat die Europäische Union den Wettbewerb gesteigert, die Mobilität der Arbeitskraft angetrieben und insgesamt den korporativen Kapitalismus bestärkt. Die erfolgte Expansion der Europäischen Union wird diese Tendenz voraussichtlich weiter vorantreiben. Es erscheint daher sinnvoll, anstatt von der Globalisierung als einem alles umfassenden übergeordneten Prozess eher von der *Internationalisierung* mit spezieller Anlehnung an die EU zu sprechen.

Die Kritik an der Globalisierung und der ökonomischen Internationalisierung zielt vor allem auf die wachsende Ungleichheit in der Verteilung des Staatseinkommens, die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, die größere Unsicherheit im Einstellungsverhältnis, die negative Entwicklung im Bereich der ungelernten Arbeitsverhältnisse, den Abbau des öffentlichen Dienstes und den Abbau des Wohlfahrtsstaats.[55] Die skandinavische Arbeiterklasse ist gegen diese Tendenzen nicht immun, doch konnte sie diese negative Entwicklung bislang sowohl mit kollektiven wie mit individuellen Strategien konterkarieren und neutralisieren. Insgesamt hat die Abhängigkeit der Angehörigen der Arbeiterklasse von staatlichen Zuwendungen sich in den letzten Jahren prozentual verringert, während sie in der Mittelschicht angestiegen ist. Zudem erhalten diejenigen, die von sozialer Unsicherheit betroffen sind, bisher noch immer eine ausreichende ökonomische Absicherung. Die Garantie dieser sozialen Rechte liegt zum Teil im Bedarf der Mittelklasse, aber auch an einem Kompromiss mit dem Kapital begründet. Letztlich liegt sie aber in der organisatorischen Stärke der Arbeiterklasse, die öffentlich Angestellten mit inbegriffen.[56]

Diese Machtbalance ermöglicht einerseits eine aktive Arbeitsmarktpolitik, das Vorrecht von Investmentstrategien und die Modernisierung der öffentlichen Bürokratie. Andererseits garantiert sie soziale und ökonomische Grundrechte der Arbeiterklasse und eine aktive Partizipation von Arbeiterorganisationen an der Reform. Falls der Kompromiss zwischen Arbeiterklasse und Kapital in Frage gestellt wird, wurzelt dies nicht in den skandinavischen Gesellschaften, sondern geht auf Veränderungen im internationalen politischen und ökonomischen System zurück. Während der 1960er Jahre belegten die skandinavischen Arbeiterklassen und ihre Organisationen im weltweiten Vergleich von Arbeitsteilung und Handelszyklen eine gute Position. Die 1980er und vor allem die 1990er Jahre erlebten hingegen die Stärkung des Kapitals und seiner Institutionen. Es lohnte sich, diese Entwicklung aus der Perspektive von Abhängigkeits- und Weltsystemtheoretikern zu betrachten, die damit argumentieren, dass die nationalen Arbeiterbewegungen miteinander über einen Kausalzusammenhang der weltweiten Arbeitsteilung verbunden sind.[57]

Es gibt inzwischen weltweit so viele Ähnlichkeiten in den industriellen Beziehungen, dass man die Idee der *langen Wellen*[58] und der unterstützenden *Handelszyklen* für die Analyse der Gewerkschaftsorganisierung, Streiks, kollektiven Verhandlungen und Protestbe-

55 Paul Bairoch, The Constituent Economic Principles of Globalization in Historical Perspective. Myths and Realities, in: International Sociology, 15 (2000) 2, S. 197–214.

56 Ähnlich argumentiert Erik Olin Wright, Class Compromise, Globalization, and Technological Change, in: Don Kalb et al. (Hg.), The Ends of Globalization, Lanham 2000, S. 87–106.

57 Beverly J. Silver, Labor Unrest and World-Systems Analysis, Review XVIII (1995) 1, S. 9.

58 Jede »lange Welle« besteht aus einer Periode ökonomischen Wachstums und einer Periode der Stagnation. Im Durchschnitt geht die Forschung davon aus, dass ein voller Zyklus zwischen vierzig und sechzig Jahren dauert und am Ende von massiven strukturellen Veränderungen begleitet ist, welche dann den folgenden Zyklus prägen.

wegungen einführen kann.[59] Der empirische Nachweis für reguläre *lange Wellen* und sich verändernde industrieller Beziehungen ist jedoch noch immer umstritten,[60] während kürzere und zeitlich nicht begrenzte Bewegungen, die durch den Handelszyklus hervorgerufen wurden, besser nachweisbar scheinen.[61] Aber eine alleinige Fokussierung auf den weltweiten ökonomischen Prozess wäre meiner Meinung nach ein Fehler, denn der *Staat* und vor allem das *zwischenstaatliche System* setzen nach wie vor die Bedingungen für die Arbeiterklasse. Im skandinavischen Kontext intervenierte der Staat entschieden in die Klassenstruktur, und das zwischenstaatliche System regulierte den Markt und schuf die Bedingungen für das Kapital-Arbeit Verhältnis.

59 John Kelly, Long Waves in Industrial Relations: Mobilization and Counter-mobilization in Historical Perspective, in: Historical Studies in Industrial Relations (1997) 4, p. 3–35.

60 W. W. Rostow, The World Economy. History and Prospect, London 1978.

61 Martin Paldam/Peder J. Pedersen, The Large Pattern of Industrial Conflict – A Comparative Study of 18 Countries, 1919–79, International Journal of Social Economics 11 (1984) 5; Roberto Franzosi, The Puzzle of Strikes. Class and State Strategies in Postwar Italy, Cambridge 1995. Mikkelsen, Industrial Conflict in Scandinavia 1848–1990, in: Pauli Kettunen (Hg.): Strike and Social Change, Turku 1993, S. 27–52.